

Gerd Wiegel¹

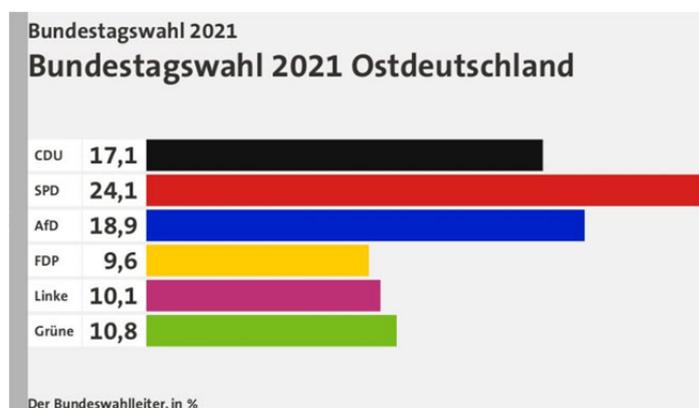
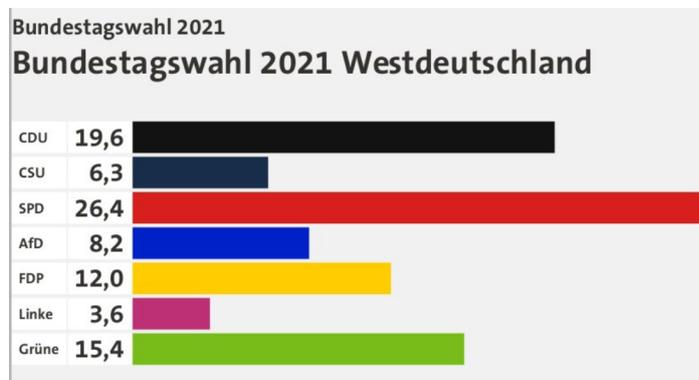
Die AfD nach der Bundestagswahl

Die AfD gehört zu den Wahlverlierern der Bundestagswahl 2021, konnte sich gleichzeitig mit einem zweistelligen Ergebnis zum zweiten Mal in Folge im Bundestag verankern und ist in Ostdeutschland unangefochten Volkspartei, mit zwei ersten Plätzen in Sachsen und Thüringen.

Trotz deutlicher Verluste für die AfD gibt es keinen Grund zur Entwarnung, denn die Wahlen haben deutlich gemacht, dass die Partei inzwischen auf eine Stammwählerschaft zurückgreifen kann, die sie verlässlich auf bundesweite Ergebnisse von 10 Prozent und mehr bringt. Auf der anderen Seite scheint die Aufstiegsphase beendet und neue Wählergruppen nur noch schwer für die Partei zu erreichen zu sein.

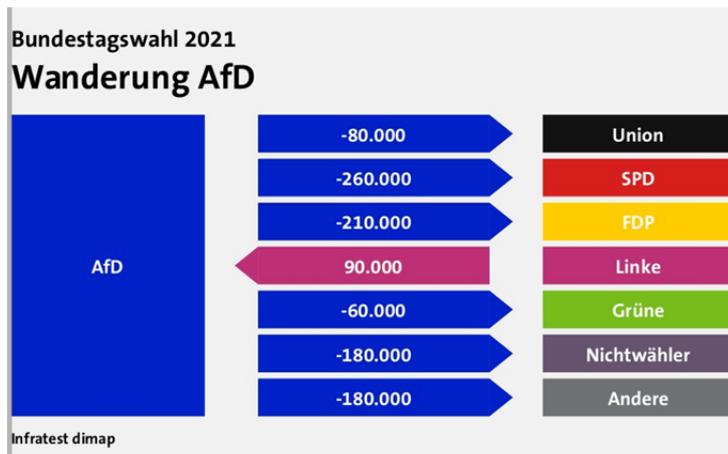
Ergebnisse der AfD

10,3 Prozent für die AfD bedeuten einen Verlust von 2,3 Prozent im Vergleich zur Wahl 2017. In absoluten Zahlen und bei fast gleicher Wahlbeteiligung ist das ein Minus von knapp 1,1 Mio. Stimmen. Mit 83 Abgeordneten, davon 11 Frauen, zieht die Partei in den 20. Bundestag ein. Die markante Differenz in den AfD-Ergebnissen zwischen Ost- und Westdeutschland hat sich fortgesetzt. Während die Partei im Osten im Schnitt auf 18,9 Prozent kam, waren es im Westen nur 8,2 Prozent. Hier setzt sich ein Abwärtstrend fort, der schon bei den letzten Landtagswahlen zu beobachten war. Überdurchschnittliche Verluste gab es in Baden-Württemberg (-2,6%), Bayern (-3,4%), Berlin (-3,6%), Bremen (-3,1%), Hamburg (-2,8%) und Hessen (-3,1%). Im Osten gelang es der Partei in Sachsen und Thüringen zwar zur stärksten Kraft zu werden (24,6 bzw. 24 %) aber auch in Sachsen hat die AfD Verluste zu verzeichnen (-2,4%). Zulegen konnte sie nur in Thüringen (+1,3%).



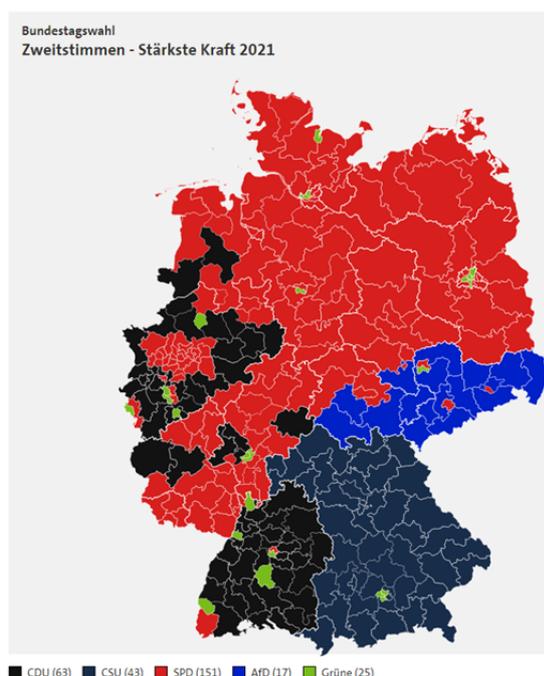
¹ Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus in der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Die AfD hat an alle anderen Parteien im Saldo Stimmen verloren außer an die Linke, von der sie noch einmal 90.000 Stimmen hinzugewann. Die stärksten Verluste gingen an die SPD (260.000) und die FDP (210.000), sowie an die „Anderen“ (180.000) und die Nichtwähler (180.000). Welche Rolle hier die Querdenker-Partei „Die Basis“ spielte, ist unklar. Von der Union, bisher Hauptquelle für den Aufstieg der AfD, konnte die Partei keine Zugewinne mehr generieren.



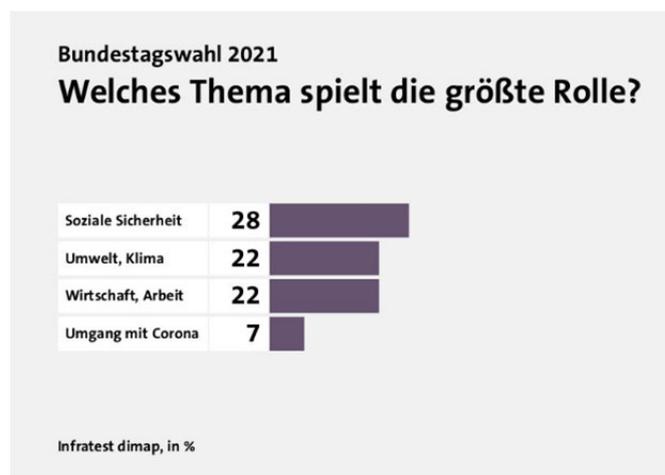
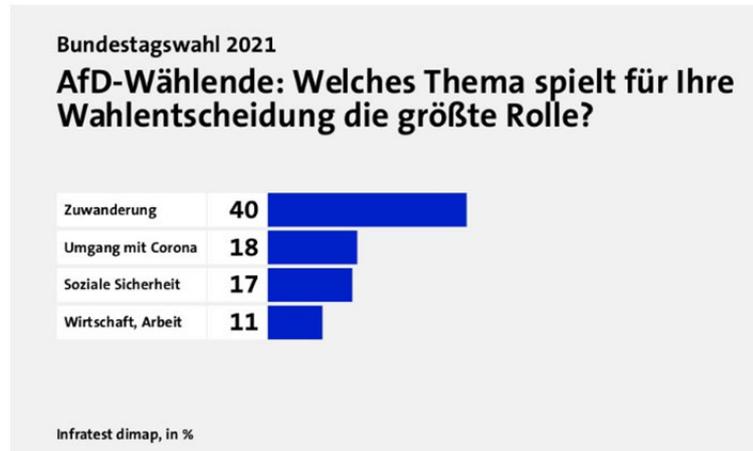
Die Schwäche der Union hat der AfD 16 Direktmandate beschert, 13 mehr als 2017. Zehn dieser Direktmandate wurden allein in Sachsen erzielt, womit die Landesliste der Partei komplett nicht mehr zog, wodurch bekannten Flügel-Protagonist wie etwa Jens Maier nicht mehr in den Bundestag einzogen. Weiter vier Direktmandate holte die Partei in Thüringen, dazu zwei in Sachsen-Anhalt.

Strukturelle hat sich an den Stärken und Schwächen der AfD wenig geändert. Ländliche und kleinstädtische Gebiete sind für die Partei ein besseres Terrain als die großen Städte. In sechs Wahlkreisen erreicht sie Zweitstimmen-Ergebnisse von ca. 30 Prozent: Görlitz (32,5), Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (31,9), Bautzen I (31,9), Erzgebirgs-kreis I (30,6), Mittelsachsen (30) und Meißen (29,8). In Görlitz holte Parteichef Tino Chrupalla mit 35,8 Prozent das beste Erststimmen-Ergebnis für die AfD. In den west-deutschen Bundesländern kommt die AfD nur noch im Saarland auf ein zweistelliges Ergebnis (10%), wogegen sie in allen ostdeutschen Bundesländern zwischen 18 und 24 Prozent liegt (BB 18,1%; MV 18%; ST 19,6%; SN 24,6%; TH 24%).



Ein Blick auf die stärksten Zweitstimmenergebnisse der AfD zeigt eine deutliche Konzentration auf einen Gürtel im Südosten, der von Suhl-Schmalkalden in Thüringen bis Görlitz in Sachsen reicht. Insgesamt hat die AfD in Ostdeutschland eine Verankerung erreicht, bei der sich ohne Zweifel von einer Volkspartei sprechen lässt.

Bei den wahlentscheidenden Themen lässt sich gut die Differenz der Wählerinnen und Wähler der AfD zu allen anderen feststellen. Während für erstere nach wie vor das Thema Zuwanderung gefolgt vom Umgang mit Corona die höchste Priorität genoss, spielt diese Themen im Rest der Bevölkerung nur eine untergeordnete Rolle.

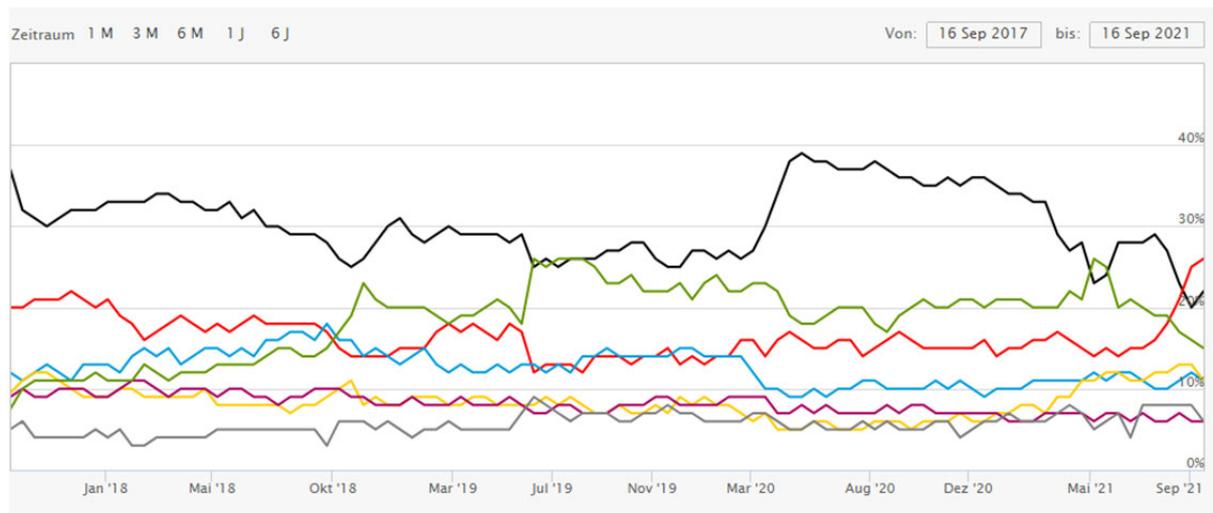


Stabilisierung trotz Verlusten

Die AfD hat ihr Ergebnis von 10,3 Prozent unter völlig anderen Voraussetzungen als 2017 erzielt und nach einem eher unauffälligen Wahlkampf, in dem sie in der öffentlichen Berichterstattung kaum eine Rolle spielte. Mit dem Thema Flucht und Migration stand 2017 das zentrale Thema der AfD im öffentlichen Fokus und im Zentrum des Wahlkampfes. Ganz anders 2021, wo keines der unterschiedlichen Wahlkampfthemen für die AfD zu einem Gewinnerthema wurde. Der Versuch der Partei, die Kritik an den Coronamaßnahmen zu einem solchen Thema zu machen, ist nicht aufgegangen. Insofern muss das Ergebnis von 10,3 Prozent trotz deutlicher Verluste als relativer Erfolg bewertet werden.

Sieht man sich die Zustimmungswerte der AfD im Verlauf der Wahlperiode an, dann ist ein deutlicher Abfall mit dem Beginn der Corona-Krise im März 2020 zu verzeichnen. Bis dahin lag die Partei in den Umfragen immer oberhalb ihres Wahlergebnisses von 2017 (12,6 %), mit zeitweiligen Höhepunkten von 18 Prozent. Mit dem tendenziellen Verschwinden der Migrationsdebatte aus dem öffentlichen Fokus und dem Beginn einer

massiven gesellschaftlichen Krise, für die der AfD keinerlei Kompetenzen zugeschrieben wurde, sanken ihre Umfrageergebnisse deutlich, teilweise unter die 10-Prozent-Marke.



Der Versuch, sich der Querdenken-Bewegung als parlamentarischer Arm anzudienen ist gemessen am Wahlergebnis gescheitert. Bemerkenswert ist, dass die AfD nicht vom massiven Einbruch der Union profitieren konnte, die von Partei und Fraktion als Hauptkonkurrent ins Visier genommen und in Form von Kanzlerin Merkel als zentrales Feindbild apostrophiert wurde. Diese Entwicklung ist Beleg für die These, dass die AfD aktuell ausmobilisiert ist, dass sie also ein Maximum an Wählerinnen und Wählern erreicht und mobilisiert hat, gegenwärtig aber nicht in der Lage ist, neue Milieus zu erschließen. Die Verluste in Richtung FDP könnten ein Fingerzeig sein, wohin sich ein Teil der nationalkonservativen Anhänger und Anhängerinnen der Partei wenden könnten, sollte der völkische Teil komplett die Macht in der AfD übernehmen.

Neue Bundestagsfraktion

Sieht man sich die Zusammensetzung der neuen Bundestagsfraktion der AfD an, dann fällt die relativ große Zahl (25) neuer Abgeordneter auf, was u.a. auf die vielen Direktmandate zurückzuführen ist. Die generelle Verschiebung zugunsten der völkischen Rechten innerhalb der Partei spiegelt sich auch in der Fraktion. Schon in der letzten Wahlperiode gelang es der extremen Rechten Abgeordnete auf ihre Seite zu ziehen, die vorher dort nicht verortet waren. Roland Hartwig war ein solches Beispiel aber auch die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel, die zwar nicht eins zu eins Flügelpositionen teilt aber ein Bündnis mit dieser Richtung eingegangen und von ihr abhängig ist. Mit Stephan Brandner, Karsten Hilse, Gottfried Curio oder Markus Frohnmaier sind bekannten Lautsprecher der völkischen Rechten erneut eingezogen. Ergänzt werden sie durch neue Flügel-Leute wie Christina Baum aus Baden-Württemberg, den Brandenburger Berufssoldat Hannes Gnauck, der selbst vom MAD als „Rechtsextremist“ eingestuft wird oder den aus NRW kommenden Matthias Helfereich, der sich selbst als „freundliches Gesicht des NS“ bezeichnet. Zwar ist auch die neue Fraktion formal mehrheitlich nicht der völkischen Rechten in der Partei zuzurechnen, allerdings haben ihre Mitglieder nach der weiteren Rechtsverschiebung der letzten vier Jahre für die AfD kandidiert, so dass von hier kein prinzipieller Widerspruch gegen diese Entwicklung zu erwarten ist.

Die erste Sitzung der neuen Fraktion hat jedoch klargemacht, dass die Fliehkräfte nach wie vor vorhanden sind und es keinen ungehinderten Durchmarsch der völkischen Rechten gibt. Das Wahlergebnis wurde in der Fraktion heftig und kontrovers diskutiert, die Neuwahl der Fraktionsvorsitzenden Chrupalla/Weidel musste verschoben werden

und erfolgte dann mit einem Ergebnis von 50:25:2. Schließlich wurde die Fraktionsmitgliedschaft des Abgeordneten Helferich („freundliches Gesicht des NS“) vorerst suspendiert, so dass die Fraktion bereits am ersten Tag den ersten Verlust zu verzeichnen hat.

Interne Bewertung des Wahlergebnisses und strategische Optionen der AfD

Jörg Meuthen wies in seiner Bewertung des Wahlergebnisses auf die Schwächen und Gefahren hin, die mit dem Ergebnis der AfD einhergehen und war gleichzeitig darum bemüht, seinen innerparteilichen Gegnern Weidel und Chrupalla eine Niederlage anzuhängen. Während Weidel und Chrupalla als Spitzenkandidaten ganz in Altparteienmanier das Ergebnis als vollen Erfolg umdeuten wollten, benannte Meuthen die strategischen Schwächen der AfD, die kein Konzept habe, wie sie die Krise der Union für sich nutzen könne. Vor laufender Kamera wurde in der Bundespressekonferenz die Kontroverse ausgetragen, die die AfD auch bis zum Parteitag im Dezember beschäftigen wird: Völkische Bewegungspartei mit systemoppositioneller Ausrichtung oder Teil eines konservativen Blocks, der perspektivisch parlamentarische Mehrheiten rechts der Mitte organisiert.

Im Umfeld der AfD werden die Ergebnisse sehr unterschiedlich bewertet und orientieren sich an den oben genannten Alternativen. Während das Höcke-Lager auf die Erfolge im Osten verweist und den thüringischen und sächsischen Weg als Strategie für ganz Deutschland empfiehlt, verweisen die Meuthen-Anhänger auf die Unterschiedlichkeit von Ost- und Westdeutschland, die eine Kopie der Osterfolge unmöglich mache. So schreibt Dieter Stein in der Jungen Freiheit: „Die Rezepte aus dem Osten lassen sich eben nicht auf den Westen übertragen. Dies ist eigentlich schon länger bekannt, bleibt aber bislang ohne Konsequenzen – was sich zunehmend rächt und die Partei in eine gefährliche Schieflage bringt. Warum konnte die AfD beispielsweise nicht wenigstens teilweise die massiven Verluste der Union auf ihre Mühlen lenken?“ Ganz anders dagegen Benedict Kaiser auf den Seiten der Sezession, der gerade die behäbige bürgerliche Ausrichtung der Westverbände für die Verluste verantwortlich macht: „Ein liberaler, möglichst versöhnlicher oder auch ‚bürgerlicher‘ Wahlkampf (...) lässt die eigene Wählerschaft offenkundig kalt, demobilisiert Wechselwähler aus dem Protestsegment, treibt einen Teile von ihnen ins Nichtwählerlager – und andere Teile direkt zu den legitimierten Altparteien wie CDU und FDP.“

Angesichts des eklatanten Auseinanderdriftens der Wahlergebnisse, der Verankerung als Volkspartei im Osten, der größeren innerparteilichen Dynamik der völkischen Rechten und der anhaltenden Abwärtskurve im Westen wird der innerparteiliche Druck größer werden, das Höcke-Lager stärker in die Parteiführung einzubinden und ihr damit faktisch die Tür zur Übernahme der Partei zu öffnen. Bis zum Parteitag im Dezember muss sich die Partei entscheiden, ob sie diesen Prozess kontrolliert und moderiert oder durch eine Entscheidung gegen Meuthen beim Parteitag im Dezember vollziehen will.

Rechtsverschiebung des bürgerlichen Blocks?

Die weitere Entwicklung der CDU wird für die strategische Ausrichtung der AfD von größerer Bedeutung sein. Sollten absehbar die Ambitionen von Armin Laschet aufs Kanzleramt scheitern, wird die Richtungsdiskussion in der CDU noch einmal Fahrt aufnehmen. In der neurechten Sezession sorgt sich Benedict Kaiser schon vor einem möglichen Oppositionsführer Friedrich März, der durch eine Rechtsverschiebung der CDU „liberalkonservative AfD-Wähler blenden“ und so der AfD schaden könnte. Jedenfalls wäre eine Union in der Opposition eine Regierungskritikerin von rechts und würde der

AfD in dieser Rolle Konkurrenz machen. Die weitere Rechtsradikalisierung der AfD wäre eine mögliche Reaktion auf eine solche Entwicklung.

Als realpolitische Alternative für eine Rechtsverschiebung des bürgerlichen Blocks zusammen mit der Union käme die AfD erst dann in Frage, wenn sie zentrale politische Lasten beiseite räumt, die konträr zu den Interessen maßgeblicher Teile der herrschenden Klasse stehen: Behinderung der Exportorientierung des Kapitals durch D-Exit-Forderungen; Behinderung des freien Zugriffs auf internationale Arbeitsmärkte und billige Arbeitskräfte durch prinzipielle Ablehnung von Migration; Behinderung der Technologieführerschaft des deutschen Kapitals durch Klimaleugnung und Festhalten an alten Technologien. Gegenwärtig sind die Kräfte in der AfD, die einen solchen Weg gehen wollen, zu schwach.

So wird die Partei perspektivisch vor allem den größer werdenden Teil der Bevölkerung binden, der sich prinzipiell vom politischen Betrieb abgewandt hat, in eigenen medialen Welten lebt und einem rationalen Diskurs nur noch schwer zugänglich ist. Die Desintegrationskräfte des globalen Kapitalismus werden dafür sorgen, dass dieses Reservoir der AfD stetig vorhanden ist und möglicherweise auch weiter ansteigen wird.